

VIII. Zunehmende Verschärfung der von den Polen ergriffenen Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit.

(Oktober 1938 - März 1939.)

Nr. 128.

Der Generalkonsul Deutschlands in Thorn im Außenministerium.

Bericht.

Thorn, 5. Oktober 1938.

Ich habe bereits angekündigt, dass die Polen den Deutschen weiterhin feindselig gegenüberstehen, obwohl Deutschland ihnen durch sein Vorgehen die Befriedigung ihrer Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei ermöglicht hat. Nach der Eingliederung des Olsa-Territoriums in Polen hat sich zweifellos in vielen polnischen Köpfen eine gewisse Überheblichkeit breit gemacht, die immer dazu neigt, selbst kleine Erfolge zu übertreiben. Hier fühlen sie sich als Sieger einer großen Entscheidungsschlacht, die sie allein, aus eigener Kraft und dank ihrer energischen Einstellung gewonnen hätten. In ihrem Größenwahn träumen sie bereits von einem allmächtigen Polen, das nach der Erfüllung seiner Wünsche in der Tschechoslowakei danach streben muss, die Verwirklichung anderer, größerer Ansprüche zu erreichen oder, wenn das nicht funktioniert, sie durchzusetzen eigene Stärke.

Aus allen Teilen meines Zuständigkeitsbereichs erreichen mich Nachrichten, die zeigen, dass die Stimmung gegenüber Deutschland, die bereits in den Wochen vor der Tschechischen Krise äußerst unfreundlich war, im Laufe der Zeit nicht einer versöhnlicheren Haltung gewichen ist. Dazu trägt auch die Presse bei. Nirgendwo gibt es ein faires Urteil über Deutschland. Überall wird betont, dass Polen allein handelte und seine Erfolge ohne die geringste ausländische Hilfe erzielte.

Presse und Westmarschbund setzen ihre heftige Hetze gegen Deutschland fort. Angesichts des starken Drucks, dem die deutsche Minderheit ausgesetzt war, blieb ihr letztlich nur die Auswanderung ins Reich. Die Volksgruppe ist davon überzeugt, dass die Kinder, selbst wenn sie sich noch halten könnten, auf jeden Fall keine Chance mehr haben, sich eine Existenz aufzubauen. Die anhaltenden Unterdrückungsmaßnahmen seitens der polnischen Verwaltung, wie sie sich in den kürzlich angeordneten Ausweisungen aus dem Grenzgebiet, in der Schließung von Schulen usw. manifestierten, beweisen hinreichend, dass der Aufenthalt der Deutschen hier nicht mehr für längere Zeit erfolgen kann. Sie müssen das Land verlassen, um ihre Existenz aufrechtzuerhalten. Die Aussicht, allein und ohne aktive und ernsthafte Unterstützung Deutschlands den Kampf gegen die polnischen Behörden erfolgreich zu unterstützen, ist zu gering, da die enorme Abwanderung, die in früheren Epochen und auch in den letzten beiden Jahren stattgefunden hat, die Lage stark

geschwächt hat Deutsches Element hier. Die kleine ethnische Gruppe, die nach der neuen großen Auswanderungswelle noch übrig ist, muss sehen, wie sie damit klarkommt. Aber es besteht kein Zweifel daran, dass diejenigen, die nicht Opfer der Polonisierung sind, nach und nach untergehen müssen.

Darüber hinaus zeigen die in der Region seit langem etablierten Ausweisungen deutscher Landsleute aus dem Grenzgebiet, die bis in die jüngste Zeit ununterbrochen andauerten, mit aller gewünschten Klarheit, was seitens der Regierungskreise und der Verwaltung der Fall ist Haltung gegenüber Deutschland, die wir natürlich beibehalten wollen. Über diesen Sachverhalt wurde ein Bericht verschickt. Es kam zu keiner Einschränkung oder Abschwächung der Entdeutschungsmaßnahmen, wie man vernünftigerweise hätte erwarten können; im Gegenteil, sie sind schlimmer geworden; jedenfalls ist hier trotz aller Bemühungen deutscher Seite um den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen der systematische Wunsch zu erkennen, die geschaffene Entspannung im Sinne einer möglichst weitgehenden Polonisierung in den westlichen Ländern auszunutzen.

Der gleiche Wunsch, das deutsche Element zu unterdrücken und seiner Rechte zu berauben, zeigt sich auch in der Haltung von Regierungskreisen gegenüber dem Wunsch der deutschen Volksgruppe, eigene Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen zum Sejm zu nominieren. Senator Ilasboch hatte kürzlich ein Treffen mit dem Präsidenten des Rates zu diesem Thema. Aus diesem Interview geht hervor, dass der Minister „angesichts der im Land vorherrschenden germanophoben Strömung“ es nicht für möglich hält, Deutsche in die für die Wahlen vorgeschlagenen Listen aufzunehmen, und dass die Regierung dies nicht für machbar hält. Unter den geschilderten Umständen ist es verständlich, dass sich alle deutschen Elemente hier erneut niedergeschlagen und deprimiert fühlen, während sie nach den historischen Ereignissen der letzten Wochen mit einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen rechneten und auf eine Verbesserung hoffen konnten Zukunft.

N» 129.

Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Posen im Außenministerium.

Bericht.

Posen, . 10. Oktober 1938.

Wie aus unseren aktuellen Berichten über die polnische Presse in Posenanien hervorgeht, ist die polnische Bevölkerung dieses Bezirks, soweit sie von der nationaldemokratischen Presse und den sie unterstützenden Organisationen beeinflusst wird, alles andere als von wohlwollenden Gefühlen beseelt Richtung Deutschland nach den Ereignissen der letzten Wochen. Es ist kein Wort der Anerkennung zu hören, das darauf hindeutet, dass Polen das Olsa-Gebiet nur dank des energischen Eingreifens der Führer im Namen der Sudetendeutschen erhalten konnte, was die Lösung dieser Frage auslöste, und es ist sogar ziemlich seltsam, dass in diesem Zusammenhang Aufgrund dieser Tatsachen wurden sogar Entschädigungsforderungen gegen Deutschland bezüglich Danzig und der Weichselmündung erhoben.

Auch die polnischen Behörden zeigen durch ihre Haltung nach dem glücklichen Ausgang der Krise nicht, welchen Teil sie Deutschland zu verdanken haben; Der Kampf gegen das deutsche Volkselement geht faktisch wie bisher weiter. Dabei handelt es sich nicht nur um Maßnahmen gegen das deutsche Element in Teschen und gegen den Pfarrer Kleindienst in Luck sowie gegen andere Geistliche in Oberschlesien, sondern auch gegen vier von sechs privaten Gymnasien, darunter das Schillergymnasium Schule in Posen, der die öffentlichen Schulrechte, für die sie so

lange gekämpft hatten, entzogen wurden; Wir bemerken weder eine mildere Anwendung des Gesetzes über die Agrarreform noch der Verordnung über die Grenzzone. Auch andere Symptome deuten im Gegenteil auf eine Verschlechterung des Trends hin.

Walther.

Nr. 130.

Der Staatssekretär des Außenministeriums beim deutschen Botschafter in Warschau.

Telegramm.

Berlin, 20. Oktober 1938.

Auf der Generalversammlung des Bundes der Aufständischen am 16. dieses Monats in Kattowitz stellte der Ehrenpräsident Grazynski offen fest, dass das deutsche Element im polnischen Oberschlesien zur Erreichung der Ziele des Aufständischen in allen Bereichen unterdrückt worden sei Aufständische Föderation. In einer Resolution, die im Beisein von Grazynski verlesen und angenommen wurde, forderten die Aufständischen unter anderem die Eingliederung des Zips-Gebiets. Weiter heißt es: „Wir freuen uns, dass unsere Brüder jenseits der Olsa ihre Freiheit wiedererlangt haben und stellen in diesem Zusammenhang fest, dass wir unsere Brüder aus Oppeln-Schlesien nicht vergessen haben.“ Wir übermitteln ihnen unsere brüderlichen Grüße und unsere brüderliche Ermutigung, dem, was Polen repräsentiert, wie in der Vergangenheit und in Zukunft treu zu bleiben, und erinnern uns daran, dass hinter ihnen unsere nationale Stärke und Hilfe steht. »

Bitte protestieren Sie unverzüglich und aufs Schärfste bei den zuständigen Stellen des Außenministeriums gegen die feindseligen Äußerungen Grazynskis gegenüber Deutschland sowie gegen die von ihm gebilligte dreiste Einmischung der Föderation der Aufständischen in innere Angelegenheiten Deutschland.

Weizsäcker.

N^o 131.

Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Kattowitz im Außenministerium.

Bericht.

Kattowitz, le 8 novembre 1938.

Vom 1. März bis Ende Juni wurden erneut 61 Mitglieder der Deutschen Arbeitergewerkschaft entlassen, vom 1. Juli bis 24. Oktober wurden 35 Gewerkschaftsmitglieder entlassen. Die entlassenen Arbeiter, die bis auf drei verheiratet sind, waren größtenteils 20 Jahre oder länger in Bergwerken und metallurgischen Fabriken beschäftigt. Der Grund für Überweisungen ist in der Regel „Umstrukturierung“. Die Versendungen in die „Friedenshütte“ erfolgten aus Gründen der „Untauglichkeit“, obwohl es sich bei allen Arbeitern um Facharbeiter handelte und einige von ihnen bereits seit mindestens 15, manche sogar schon über 30 Jahre in dieser Fabrik beschäftigt waren. Darüber hinaus entließ das Bergwerk Dubensko Anfang Juni 40 weitere deutsche Arbeiter und Ende Juni weitere 15 deutsche Arbeiter aus Gründen der „Umstrukturierung“. sie gehörten auch anderen deutschen Organisationen an. An die Stelle der entlassenen Arbeiter, die zum normalen Bergwerkspersonal gehörten, traten polnische Arbeiter. beurteilt.

Nr. 132.

Der deutsche Botschafter in Warschau im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Warschau, 15. November 1938.

Ich habe beim stellvertretenden Minister, Graf Szembeck, den schärfsten Protest gegen die provokativen Äußerungen erhoben, die in der Rede des Woiwoden Grazyński vor der Generalversammlung der Föderation der Aufständischen am 16. des vergangenen Monats enthalten waren*. Gleichzeitig habe ich auch entschieden gegen den Resolutionstext des Aufständischen Bundes protestiert, der eine inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands darstellt. Graf Szembeck, der für diesen neuen Beweis der antideutschen Haltung des Woiwoden von Kattowitz keine Entschuldigung fand, erklärte, er werde dem Ratspräsidenten über diese Angelegenheit Bericht erstatten und bei dieser Gelegenheit auch in Zukunft darauf bestehen Solche Äußerungen eines polnischen Beamten in führender Position wird es nicht mehr geben.

Nr. 133.

Der Generalkonsul Deutschlands in Thorn im Außenministerium.

Bericht.

Thorn, 23. November 1938.

Nr. 1 und 2 des 19. Jahrgangs der „Deutschen Schulzeitung“ enthalten eine Liste von Werken, deren Verwendung an deutschen Schulen nicht gestattet ist. Bemerkenswert ist, dass neben klassischen deutschen Werken wie Goethes Kindheitsjahre, einem Teil seines Werkes „Dichtung und Wahrheit“, dem Nibelungenlied und der Edda auch ausländische Jugendwerke mit weltweiter Bekanntheit wie „Robinson Crusoe“, „von D. de Foe“ und „Across the Dark Continent“ von H. M. Stanley wurden nicht lizenziert. Nichts könnte die Haltung der polnischen Hochschulbehörden gegenüber deutschen Schulen besser beschreiben.

von Kiichler.

Nr. 134.

Der Generalkonsul Deutschlands in Kattowitz im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Kattowitz, le 24 novembre 1938.

Die Fortsetzung der Entlassungen von Arbeitnehmern im letzten Jahr zeigt deutlich, dass die Politik der polnischen Behörden wie in der Vergangenheit darauf abzielt, das deutsche Element in Oberschlesien systematisch zu entwurzeln und seine Existenzgrundlage zu zerstören. Wie aus vertraulichen Erklärungen polnischer Quellen hervorgeht, hat insbesondere der Woiwode Graziński eindeutig den festen Willen, alles Deutsche in Oberschlesien sowie in der Olsa-Region mit einem winzigen Spielraum zu beseitigen. kürzlich erworben.

Es ist bedauerlich, dass sich an diesen Zielen auch nach der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937** nichts geändert hat. Wie ich mehrfach berichtet habe, kam es auch nach diesem Datum zu weiteren Entlassungen deutscher Arbeitnehmer. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Gründe für diese Entlassungen, wie etwa Umstrukturierung, Arbeitsunfähigkeit usw., nur dazu dienen, das politische Ziel zu verschleiern. In Wirklichkeit werden diese entlassenen Arbeiter, die oft schon seit Jahrzehnten beschäftigt sind, nur deshalb entlassen,

weil sie sich als Deutsche bezeichnen, in deutschen Vereinen Mitglied sind oder ihre Kinder auf deutsche Schulen schicken. Zu den Arbeitslosenzahlen der deutschen Volksgruppe: Senator Wiesner

◆ Vgl. N® 130.

** Vgl. N® 101.

: Im Senat wurde am 8. März dieses Jahres bekannt, dass die Deutsche Arbeitergewerkschaft mit rund 12.000 Mitgliedern eine Arbeitslosenquote von 60 Prozent hat, in anderen deutschen Organisationen hingegen 80 Prozent. Diese Zahlen standen noch zu Beginn des Jahres und haben sich seitdem nur noch verschlechtert. Berücksichtigt man, dass die Arbeitslosenquote in Oberschlesien im Allgemeinen nur bei rund 16 Prozent liegt, wird dies als 1a deutlich. Die Lage der deutschen Arbeitnehmer ist hier schlecht und die Grundsätze der Minderheitenerklärung werden in der Praxis kaum umgesetzt.

Neldeke.

Nr. 135.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau im Ministerium

Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Warschau, 28. November 1938.

Beim Außenministerium in Warschau wurden heftige Klagen eingereicht, die sich auf die im letzten Jahr getroffenen Vereinbarungen¹ bezüglich der Verweigerung der Gewährung öffentlicher Schulrechte an die Gymnasien in Posen und Graudenz bezogen. Der Stabschef des Außenministers, Graf Lubienski, versuchte nicht einmal, die polnische Verpflichtung in Frage zu stellen. Er erklärte im Gegenteil, dass er die Angelegenheit unverzüglich mit dem Ministerium für öffentliche Bildung besprechen werde und bestand darauf, dass die polnischen Zusicherungen tatsächlich erfüllt würden.

von Wiihlisch.

Nr. 136.

Das Außenministerium

an den deutschen Geschäftsträger in Warschau.

Ministerialerlass.

Berlin, 7. Dezember 1938.

Aus den Berichten des deutschen Generalkonsulats in Kattowitz¹, von denen Sie eine Kopie haben, geht hervor, dass von den in diesem Jahr in Industriebetrieben durchgeführten Arbeitnehmerentlassungen vor allem Arbeiter und Angestellte der deutschen Volksgruppe betroffen waren Polnisches Oberschlesien, und dass die alte polnische Politik der systematischen Vertreibung deutscher Elemente von ihren Arbeitsplätzen genauso brutal fortgesetzt wird wie in der Vergangenheit.

Die vom Reichsminister des Auswärtigen in einem Memorandum an den Botschafter, Herrn Lipski, am 5. November 1937 anlässlich der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung ausdrücklich unterstrichene Erwartung der deutschen Regierung, „dass Maßnahmen ergriffen werden.“ „so bald wie möglich die deutsche Volksgruppe in Polen vor jeglicher Ungleichbehandlung gegenüber dem herrschenden Volk zu schützen, insbesondere bei der Einstellung und Entlassung von

Arbeitnehmern deutscher Rasse", - wurde daher leider nicht durchgeführt, obwohl die Antwort des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Polens, Herr Beck, auf die in Warschau zu dieser Frage gemachten mündlichen Stellungnahmen (vgl. Absatz 4 des Berichts vom 11. Dezember 1937f) hätten auf günstige Auswirkungen hoffen dürfen.

Nachdem nun ein ganzes Jahr ohne Besserung vergangen ist, bitte ich Sie, bei der polnischen Regierung noch einmal die energischsten Vorwürfe zu diesen Maßnahmen zu erheben, die in offensichtlichem Widerspruch zur deutsch-deutschen Erklärung stehen. Polnisches Minderheitengesetz vom 5. November 1937ff. und um Ihren Bericht über die Bestellung zu senden.
P. O.:

Wönnann.

Nr. 137.

Der Generalkonsul Deutschlands in Thorn im Außenministerium.

Bericht.

Thorn, 20. Dezember 1938.

An der äußerst schwierigen Lage des deutschen Elements und den Schikanen der polnischen Behörden, die die Existenz vieler Angehöriger der deutschen Minderheit ruinieren, haben sich nichts geändert. Es ist völlig richtig, dass die zahlreichen Verhaftungen, die in letzter Zeit unter dem Vorwand der Spionage stattgefunden haben, Maßnahmen, die offensichtlich auf die zunehmende Nervosität der polnischen Behörden zurückzuführen sind, die deutschen Elemente zur Verzweiflung treiben. Jede Familie, die noch irgendwelche Beziehungen zu Deutschland oder zu deutschen Kreisen hier unterhält und jederzeit damit rechnen muss, in irgendeine Angelegenheit verwickelt zu werden, ist nur allzu verständlich, dass dies eine allgemeine Sorge ist und wir keinen Ausweg aus dieser verzweifelten Situation sehen außer indem man so schnell wie möglich auswandert.

.Ich bin davon überzeugt, dass die deutschen Behörden dem Bund der Polen in Deutschland keine Beschränkungen auferlegen, wenn er die Beziehungen zu ihrem Land rechtmäßig und in einer Weise unterhält, die die Interessen des deutschen Staates nicht beeinträchtigt. und mit den Behörden von ihr Land in Deutschland. Es wäre an der Zeit, darüber nachzudenken, ob dieses große Missverhältnis zwischen der Behandlung der Minderheit hier und zu Hause nicht die Gelegenheit bieten würde, mit den polnischen Behörden Schritte zu unternehmen, damit die hier von den polnischen Behörden ergriffenen Maßnahmen aufhören, Maßnahmen, die es fast schon gegeben hat den Charakter der Verfolgung des deutschen Elements, wenn man insbesondere an die Vertreibungen aus dem Grenzgebiet, die Agrarreform, die Schwierigkeiten der Schulen, die Verweigerung der Gewährung der Nutzung von im Grenzgebiet geerbten Besitztümern usw. denkt. Ich fühle mich verpflichtet, so deutlich wie möglich auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Die von den Polen skrupellos praktizierte Entgermanisierung muss am Ende zur Vernichtung und völligen Zerstörung des deutschen Elements in diesem Land führen, wenn es uns nicht im letzten Moment gelingt, durch Verhandlungen mit der polnischen Regierung eine Anwendung von ... zu erreichen die Gesetze und Verfassungsbestimmungen, die der Erklärung über Minderheiten entsprechen.

von Kiichler.

Nr. 138.

Der Generalkonsul von Deutschland in Thorn im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Thorn, 29. Dezember 1938.

Mit Beschluss vom 20. Dezember stellte die Burgstaroste Graudenz die Tätigkeit des Asylvereins Graudenz ein. Darüber hinaus stoppte er vorübergehend das Vermögen dieser Gesellschaft und ernannte den Bürgermeister der Stadt Graudenz, Josef Wlodek, zum Verwalter dieses Vermögens.

Der Präsident der Stadt nahm sofort das Eigentum der Asylgesellschaft in Besitz, darunter die folgenden Immobilien:

die Anstalt, bis dahin Internat der Goethe-Schule;

das Casino, bis dahin Internat der Goethe-Schule;

Marienheim, bis dahin Geschäftsstelle des Bundes der Deutschen in Graudenz:

Baugrundstück auf dem Markt.

Das Land ist 1,4 Millionen Zloty wert. Ich hatte in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit, über solche Verfolgungsmaßnahmen seitens der polnischen Behörden und die in diesen Rahmen fallenden Maßnahmen gegen die Asylgesellschaft zu berichten.

Der Asylverein Graudenz widmet sich ausschließlich der gemeinnützigen Arbeit. Durch die Beschlagnahmung der zu dieser Gesellschaft gehörenden Häuser war auch die Goethe-Schule am härtesten betroffen, denn eines dieser Häuser diente als Internat und achtzig ihrer benachteiligten Schüler lebten dort.

Diese Maßnahme der polnischen Behörden ist auch in diesem Fall so rigoros und weist so viel Härte auf, dass man sie meiner Meinung nach nicht ohne Protest hinnehmen sollte.

— 93 —

Nr. 139.

Der Generalkonsul von Deutschland in Thorn im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Thorn, 30. Dezember 1938.

Am 20. dieses Monats veranstaltete die Private Deutsche Schule in Neustadt eine Weihnachtsfeier. Auf dem Programm stand unter anderem die Aufführung der Legende „Hans und Gretes Reise ins Paradies“. Die Aufführung dieses Märchens musste aus dem Programm gestrichen werden, da die zuständigen polnischen Behörden ihre Genehmigung verweigerten.

von Kiichler.

Nr. 140.

Der Generalkonsul von Deutschland in Thorn im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Thorn, 2. Januar 1939.

Parallel zu den Maßnahmen der polnischen Behörden, die das deutsche Element hier nach und nach ruinieren (Verhaftungswelle wegen Spionage, Vertreibungen aus dem Grenzgebiet,

Agrarreform usw. usw.), dauern Angriffe polnischer Verbände an. Angriffe, die nicht nur nicht unterdrückt werden, werden aber vom Staat geduldet. Solche Angriffe werden von der berüchtigten Westföderation offen gegen deutsche Geschäfte und Kunsthandwerker gerichtet, mit dem Ziel, diese Betriebe durch Boykotte zu ruinieren.

In früheren Berichten wurde bereits darauf hingewiesen, dass beispielsweise die „Föderation Junges Polen“ überall vor den Geschäften deutscher Landsleute Pfähle aufstellt, um Kunden am Betreten zu hindern. Die so postierten Männer, die blaue und rote Armbinden trugen, riefen den Kunden zu: „Das ist ein deutsches Haus“ oder „Kauft nicht bei Deutschen“. Eine Beschwerde beim Starost von Thorn führte dazu, dass er erklärte, dass er nicht in der Lage sei, einzugreifen; mit anderen Worten, er tolerierte die Boykottmaßnahmen der „Föderation des jungen Polen“.

Da die polnischen Behörden nirgendwo eingegriffen haben und auch nur scheinbar versucht haben, auf die Umsetzung des Minderheitenabkommens vom 5. November 1937 hinzuwirken, ist es nur natürlich, dass die Auswanderungsbewegung wieder auf dem Vormarsch ist.

von Kiichler.

Nr. 141.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau im Außenministerium.

Bericht.

Warschau, 5. Januar 1939.

Die kontinuierlichen Entlassungen von Angestellten und Arbeitern in Industriebetrieben im polnischen Oberschlesien waren erneut Gegenstand eines Interviews mit dem Direktor der Westabteilung des polnischen Außenministeriums, Herrn Kunicki¹. Bezugnehmend auf die Denkschrift des Reichsaußenministers an Botschafter Lipski anlässlich der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung wurde darauf hingewiesen, dass die deutsche Erwartung leider nicht erfüllt worden sei. Im Gegenteil ist festzuhalten, dass gerade im letzten Jahr die Erträge wieder gestiegen sind, obwohl sich die wirtschaftliche Lage der Branche im polnischen Oberschlesien tendenziell verbessert hat. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Entlassungen von Vätern mit langjähriger Dienstzeit, also von einem Personenkreis

die nach Unternehmensumstrukturierungsmaßnahmen normalerweise nicht entlassen werden. Die rigorosen Maßnahmen gegen diese Angestellten und Arbeiter, die sich trotz des Drucks der Behörden bisher geweigert haben, ihre Kinder polnischen Schulen anzuvertrauen, haben in der deutschen öffentlichen Meinung ganz natürliche Aufregung hervorgerufen.

Herr Kunicki, der keineswegs versuchte, das Ausmaß der ihm zur Kenntnis gebrachten Vorfälle abzuschwächen, behauptete, dass die schwierige Situation der polnischen Minderheit in Deutschland die Ursache für die veränderte Atmosphäre sei.

Wir haben Herrn Kunicki hingegen darauf hingewiesen, dass wir seine Behauptungen unbedingt zurückweisen müssen und dass die polnische Minderheit in Deutschland ohnehin nicht um das tägliche Brot zu kümmern hat. Hunger und Arbeitslosigkeit sind Kampfmittel des Woiwoden Oberschlesien gegen die deutsche Minderheit. Es war daher nicht verwunderlich, dass die Minderheit zunehmend von großer Verärgerung und Verzweiflung heimgesucht wurde. Es wäre daher im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn das Außenministerium seinen Einfluss geltend machen würde, um den diskriminierenden Maßnahmen, unter denen die deutsche Minderheit im polnischen Oberschlesien leidet, endlich ein Ende zu setzen. Herr Kunicki versprach, diesen Fall weiterzuverfolgen.

von Wühlisch.

Nr. 142.

Der Generalkonsul von Deutschland in Thorn im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Thorn, 19. Januar 1938.

In letzter Zeit musste ich mehrfach berichten, dass die polnischen Behörden überall mit der härtesten Methode gegen das deutsche Element vorgehen. Dieses einheitliche Vorgehen lässt darauf schließen, dass diesbezüglich Weisungen zentraler Behörden erteilt wurden. Die wichtigsten Vorfälle der letzten Zeit sind: Maßnahmen gegen Einzelpersonen, Ausweisungen, Nichtverlängerung von Aufenthaltstiteln, Beschlagnahmung des Vermögens des Graudener Asylvereins sowie Durchsuchungen in der Hauptgeschäftsstelle und in Ortsgruppen des Deutschen Vereins .

Es ist angesichts dieser Verfolgung nicht verwunderlich, dass die Verzweiflung die deutsche Bevölkerung erfasst hat und die Lage des deutschen Elements zu Recht als bedrohter denn je angesehen werden muss. Trotz des oft betonten Wunsches nach Verständigung ist die Situation des deutschen Elements hier deutlich schlechter als zuvor. Der Gemütszustand des deutschen Elements führt naturgemäß zu einer erneuten Zunahme der Auswanderungsgesuche.

von Kuchler.

Nr. 143.

Der Generalkonsul Deutschlands in Kattowitz im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Kattowitz, 26. Januar 1939.

Seit dem Auslaufen des Genfer Abkommens haben die polnischen Behörden in Kattowitz ihre Maßnahmen gegen deutsche Schulen verschärft. Diese Einstellung findet ihren stärksten Ausdruck in den Sprachprüfungen, die von den Behörden parteiisch durchgeführt werden und dazu führen, dass viele Kinder vom Besuch deutscher Schulen ausgeschlossen werden.

Laut der Entscheidung des Sprachprüfungsausschusses wurden bis zu 240 Personen bestraft, weil sie ihre Kinder nicht auf polnische Schulen geschickt hatten. In vielen Fällen mussten diese Menschen ins Gefängnis gehen oder arbeiten, um diese Geldstrafen bezahlen zu können. Die Mehrheit der Kinder befindet sich für längere Zeit im Schulstreik.

N® 144.

Das Außenministerium an den deutschen Botschafter in Warschau.

Ministerialerlass.

Berlin, 1. Februar 1938.

Unter dem Vorsitz des Marschalls des Schlesischen Sejms fand am 29. Januar dieses Jahres in Kattowitz ein Treffen der schlesischen Sektion der Westföderation statt, bei dem es erneut zu heftigen Angriffen auf Deutschland und die Volksgruppe der Deutschen in Polen kam. Der von der „Polska Zachodnia“ (Nr. 30 vom 30. Januar 1939) veröffentlichte Tagesordnungsbeschluss beweist, dass die Provokationskampagne der Westföderation auch nach dem Besuch des Reichsministers in Warschau mit der gleichen Heftigkeit fortgesetzt wurde Foreign Affairs*, und dass es eindeutig darauf abzielt, die Entspannung zu sabotieren, die in der Minderheitenfrage ihren Anfang nimmt.

Bitte bringen Sie dem Außenministerium Polens die unangenehme Überraschung der Reichsregierung zum Ausdruck, dass nichts gegen die unaufhörliche germanophobe Kampagne der

Westföderation und insbesondere gegen die oben erwähnte Demonstration unternommen wurde, obwohl die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf sich gezogen wurde wurde rechtzeitig zu dieser Demonstration hingezogen.

P. O.:

Wörmann.

Nr. 145. .

Der Generalkonsul Deutschlands in Kattowitz im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Kattowitz, 3. Februar 1939.

Auf dem Treffen der Westföderation, das kürzlich hier stattfand, sprach ihr Direktor, Miecyslaw Zaleski aus Warschau, über „die deutsch-polnischen Beziehungen im Zusammenhang mit der aktuellen internationalen Lage“. In diesem Zusammenhang charakterisierte Herr Zaleski die polnische Politik offen und prägnant wie folgt:

Die Übereinstimmung Deutschlands und Polens in ihrem Vorgehen ist nicht die Folge einer Übereinstimmung realer politischer Ziele, sondern wird lediglich durch taktische Gründe bedingt. Das Problem der nationalen Minderheiten ist dagegen der beste Spiegel realer politischer Tendenzen. Im Gegensatz zu politischen Vereinbarungen, die von der aktuellen Situation diktiert werden und auf die Erlangung von Sachvorteilen abzielen, war die Politik gegenüber nationalen Minderheiten langfristig angelegt und zielte darauf ab, den Boden für künftige Konflikte vorzubereiten.

Eine Nudel.

Nr. 146.

Der deutsche Botschafter in Warschau im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Telegramm.

. Warschau, 25. Februar 1939.

Die in der heutigen DNB-Meldung erwähnte antideutsche Demonstration vor dem Botschaftspalast ist die gewalttätigste Demonstration, die es hier seit acht Jahren gegeben hat. Neben einer zerbrochenen Scheibe wurde vor der Botschaft erstmals das Hasslied „Rota“ gesungen, eine Viertelstunde lang riefen Gruppen abwechselnd „Nieder mit Hitler“, „Zur Hölle mit dem Deutschen“. Hunde », „Es lebe das polnische Danzig“, „Nieder mit der germanophilen Politik“. Die beiden vor der Botschaft stationierten Polizisten beschränkten sich darauf, den Eingang zum Palast zu schützen. Es war notwendig, Verstärkung durch berittene Polizisten und drei Panzerwagen heranzuziehen, um die Straßen zu fegen.

Herr Beck hat mir heute Abend über seinen Protokollchef das Bedauern und die Entschuldigung der polnischen Regierung mitgeteilt; Er bedauerte insbesondere, dass diese Demonstration aufgrund ihrer Spontaneität nicht schnell unterdrückt werden konnte. Es wurden die notwendigen politischen und polizeilichen Maßnahmen ergriffen, um die Wiederholung ähnlicher Ereignisse zu verhindern. Dem Präsidenten des Rates oblag die persönliche Überwachung der erteilten Anordnungen.

Moltkc.

* Vgl. Nr. 202.

Nr. 147.

Der deutsche Botschafter in Warschau im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Telegramm.

Warschau, 25. Februar 1939.

Die heutige neue Demonstration nahm die gleichen Formen an wie gestern, mit dem Unterschied, dass diesmal große Steine gegen das Haus geworfen wurden, ein Fenster im Erdgeschoss und zwei Fenster auf dem Boden wurden dadurch zerbrochen. Die seit gestern deutlich verstärkte Polizei (40 Polizisten standen in unmittelbarer Nähe der Botschaft) blieb während der 15-minütigen Demonstration völlig passiv. Der Rückzug der 300-köpfigen Menschenmenge scheint nach Verhandlungen mit den Demonstranten durchgesetzt worden zu sein. Diese bestanden hauptsächlich aus rechtsextremen Studenten.

Auf Anordnung des Ratspräsidenten und des Außenministers kam der Woiwode von Warschau, dem die gesamte Polizei unterstellt ist, um die Entschuldigung der Regierung zu überbringen. Er behauptet, dass eine Polizeiabspernung durchbrochen wurde, die den Demonstranten den Zutritt zur Botschaft ermöglichte. Der verantwortliche Beamte wurde sofort suspendiert. Der Woiwode schien sich bis zu meiner Beschwerde nicht der Hilflosigkeit der Polizei vor der Botschaft bewusst gewesen zu sein.

Moltke.

N[®] 148.

Der Generalkonsul von Deutschland in Posen im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Telegramm.

Posen, 25. Februar 1939.

Gestern fanden hier antideutsche Demonstrationen polnischer Studenten statt. Prozession von mehreren hundert Demonstranten, die von der Polizei in unmittelbarer Nähe des Generalkonsulats aufgelöst wurde. Gestern und insbesondere letzte Nacht wurden Fenster von mindestens 11 Häusern und Geschäften des deutschen Elements zerbrochen. Einige Angehörige ethnischer Minderheiten wurden misshandelt.

Cassler.

Nr. 149.

Der deutsche Konsul in Krakau im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Krakau, 25. Februar 1939.

Das Studentenwohnheim für deutsche Studenten der Krakauer Hochschulen war gestern Abend gegen 21 Uhr Schauplatz einer wütenden antideutschen Demonstration. Vor dem besagten Haus hatten sich etwa 200 bis 300 Menschen versammelt und eine Gruppe von etwa 15 polnischen Studenten betrat, bewaffnet mit Schlagstöcken und Puzzles, das Studentenwohnheim. Sie griffen die dort anwesenden deutschen Studenten an und einer der Studenten wurde so heftig geschlagen, dass er sofort ins Krankenhaus gebracht werden musste. Einer der Eindringlinge zerstörte die Lichtlinie und tauchte die Räume sofort in Dunkelheit. Also begannen sie, die Einrichtung zu durchsuchen. Stühle, Tische, Klavier, Fenster und Garderobenständler wurden durch diesen sinnlosen Vandalismus polnischer Studenten zerstört. Die Polizei traf erst lange nach dem Abzug

der Demonstranten ein und verhängte Geldstrafen.

Schillinger.

Nr. 150.

Der Generalkonsul von Deutschland in Posen im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Telegramm.

Posen, 28. Februar 1939.

Vorbereitet durch eine provokative Kampagne der polnischen Presse kam es vom 2. bis 1. Februar dieses Monats in Posen zu schweren antideutschen Demonstrationen polnischer Studenten, an denen sich auch Passanten und Kinder beteiligten. Das deutsche Element in Posen wurde durch diese Demonstrationen schwer beeinträchtigt. Die Studenten griffen Deutsche und fast jedes bekannte deutsche Gebäude an, das oft mehrfach angegriffen wurde. Die Probleme dauern noch an.

Matuschka.

Nr. 151.

Der deutsche Botschafter in Warschau im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Warschau, 28. Februar 1939.

Unter den antideutschen Demonstrationen, die auf polnischer Seite nach dem Konflikt mit den Studenten von Danzig* organisiert wurden, ist besonders das Treffen der Universitätslegion zu erwähnen, das letzten Sonntag an der Universität Warschau stattfand; An der Versammlung, die zunächst verschoben werden musste, die aber nach Intervention militärischer Kreise dennoch vom Ratspräsidenten genehmigt worden war, nahmen unter anderem der Vizekriegsminister General Glichowski teil General Sawicki, Direktor des Amtes für Militärunterricht und Leibeserziehung, sowie eine Reihe von Offizieren und Universitätsprofessoren. Oberst Tomaszewski, vom Kriegsminister ernannter Direktor der Akademischen Legion, richtete eine heftige Ansprache an die Studenten, in der er an ihren patriotischen Geist appellierte und sie zur Opferbereitschaft aufforderte; Mehrfach fügte er politische Beschimpfungen ein, die teils offen gegen Deutschland, teils gegen Deutschland gerichtet waren und in diesem Sinne auch von den Zuhörern gehört wurden. Polen, erklärte er, habe keine Gebiete zurückzugeben, im Gegenteil, es habe mehr als eines zu fordern (Unterbrechungen: Ein polnisches Danzig! Polnisches Ostpreußen!). Danzig, fuhr Tomaszewski fort, sei ein Abszess auf der Seite Polens, der geöffnet werden müsse.

Nachdem die studentischen Redner teilweise noch heftigere Ausfälle gegen Deutschland unternommen hatten, wurde unter anderem beschlossen, einen „Tag ohne Deutsche“, also einen Tag des Boykotts gegen alle Deutschen und gegen alles Deutsche, zu veranstalten.

Die Demonstration der Akademischen Legion, einer dem Kriegsministerium unterstellten Organisation, die der Vorbereitung der Jugend an Hochschulen auf den Militärdienst dient, sticht aus den anderen Tumulten auf öffentlichen Straßen und den anderen von ihr organisierten antideutschen Exzessen hervor radikale Studenten - national, da es sich um eine Demonstration handelte, die unter dem Schutz hochrangiger Militärs und in Anwesenheit des stellvertretenden Kriegsministers stattfand. Die bereits bei den jüngsten Vorfällen zu beobachtende Sympathie

einiger militärischer Kreise für den germanophoben Geist der Studenten wurde bei dieser Gelegenheit noch einmal bestätigt. Die Haltung der Polizei ähnelt der militärischer Kreise, wie ihre passive Haltung bei den Demonstrationen vor der Botschaft am Freitag und Samstag letzter Woche zeigt**.

Ich beschwerte mich aufs energischste beim Außenministerium über die unglaubliche Haltung der Polizei, die nicht funktionierte. Seit Samstagabend ist der Schutz der Botschaft wirksamer; Ein heute erneuter Versuch demonstrierender Studenten, die Botschaft zu erreichen, wurde von der Polizei energisch unterdrückt.

Herr Beck, den Graf Ciano beim Abendessen in der italienischen Botschaft traf, fügte seine persönlichen Entschuldigungen den am Freitag und Samstag vom Protokollchef und vom Woiwoden von Warschau vorgebrachten Entschuldigungen hinzu. Verschiedene heute in der Presse veröffentlichte Artikel mahnen zu Ordnung und Disziplin und sollen beruhigen. Wir können jedoch nicht sagen, dass die Elemente, die die antideutschen Demonstrationen provozierten und organisierten, wirklich besänftigt waren.

von Moltke.

◆ Siehe 195 und 196.

*◆ Vgl. Nr. 146 und 147.

Nr. 152.

Interview mit dem Außenminister
mit dem polnischen Botschafter.

Beachten.

Berlin, 28. Februar 1939.

Ich habe heute den polnischen Botschafter empfangen und ihm mitgeteilt, dass ich die Entwicklungen in Polen mit immer größerer Besorgnis verfolge, nachdem es in Danzig zu Vorfällen lokaler Natur zwischen Studenten gekommen ist¹. Ich erinnerte mich an die beiden Demonstrationen vor der Botschaft, bei denen die Polizei scheinbar passiv geblieben war²; und darüber hinaus die provokative Haltung eines großen Teils der polnischen Presse. Die Demonstrationen gingen am selben Tag in ganz Polen weiter. Ich machte den Botschafter darauf aufmerksam, dass ich bisher strikt verhindert habe, dass alle diese Tatsachen von der deutschen Presse kommentiert würden. Wenn die Pressekampagne und die Demonstrationen in Polen jedoch weitergingen, würde die deutsche Presse zurückschlagen, und er kannte die deutsche Presse gut genug, um zu wissen, dass sie dies dann auf eine Weise tun würde, die keine Wünsche offen ließe. Er, Lipski, kannte den grundsätzlichen Standpunkt des Führers, der eine große und endgültige Vereinbarung mit Polen treffen wollte, und dass sich dieser Standpunkt nicht im Geringsten geändert hatte. Solche unglücklichen Ereignisse könnten jedoch eine solche Vereinbarung sehr erschweren oder zumindest erheblich verzögern.

von Ribbentrop.

Nr. 153.

Der Generalkonsul von Deutschland in Posen im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Telegramm.

Posen, le 1er mars 1939.

Heute Morgen um 6 Uhr wurde das Fenster der Eingangstür des Generalkonsulats zerbrochen. Ich informierte den Woiwoden und bat ihn, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Letzte Nacht wurden erneut Fenster deutscher Elementläden zerbrochen. Da die Haltung der Studierenden nach wie vor provokativ ist und die Gefahr von Begegnungen mit Deutschen und Angehörigen der ethnischen Minderheit besteht, drängen Sie bitte darauf, dass der unhaltbare Zustand beendet wird.

Matuschka.

Nr. 154.

Der Generalkonsul von Deutschland in Thorn im Ministerium
Auswärtige Angelegenheiten.

Bericht.

Thorn, 4. März 1939.

Die letzte Woche brachte keine Erleichterung. Ich werde aus verschiedenen Ländern in meinem Zuständigkeitsbereich über neue Demonstrationen oder Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe informiert.

In manchen Städten hat sich der Boykott gegen Deutsche inzwischen auch auf polnische Geschäfte ausgeweitet, in denen die Kunden auf Deutsch bedient werden. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der von der Westföderation seit der Gebietsabtretung organisierte Boykott gegen deutsche Ladenbesitzer bereits dazu geführt hat, dass eine große Zahl solcher Geschäfte ruiniert wurde und ihre Besitzer auswandern mussten. Allerdings sind wir mit diesem Ergebnis noch nicht zufrieden; Wir müssen dem polnischen Händler, der mit den deutschen Kunden, die zu ihm kommen, Deutsch spricht, auch klarmachen, dass er überhaupt keine Deutschen bedienen darf.

Erst vor wenigen Tagen wurde auf einer Offiziersversammlung beschlossen, dass das Offizierskorps nicht mehr in Geschäften einkauft, in denen die Kunden noch auf Deutsch bedient werden. Mit anderen Worten: Wir wollen entgegen allen Vereinbarungen dem Deutschen das Leben unmöglich machen und ihn vertreiben.

Die Boykottaktion gegen deutsche Geschäfte sorgte letzte Woche in Bromberg für großes Aufsehen. In der Nacht von Dienstag, dem 28. Februar, auf Mittwoch, dem 1. März 1939, wurden überall in der Stadt, an Häusern, Auslagen und Plakatwänden Plakate angebracht, die zum Wirtschaftsboykott der Deutschen aufriefen.

von Kuchler.

Nr. 155.

Der deutsche Botschafter in Warschau im Außenministerium.

Bericht.

Warschau, 9. März 1939.

In einem Interview, das ich gestern mit Herrn Beck geführt habe, bin ich noch einmal auf die Demonstrationen vor der deutschen Botschaft eingegangen und habe betont, dass die Polizei sichtlich mit den Demonstranten sympathisiert; Ich wies darauf hin, dass ein hochrangiger polnischer Offizier einer Vertrauensperson gesagt hatte, dass diese Demonstrationen völlig gerechtfertigt seien. Ich erklärte Herrn Beck, dass diese beiden beobachteten Tatsachen sowie andere Beobachtungen dieser Art leider gezeigt hätten, wie eng die Grundlage sei, auf der in Polen die Politik der Verständigung betrieben werde. Außer ihm und etwa einem halben Dutzend anderer Persönlichkeiten gab es in Polen im Grunde niemanden, der sich ernsthaft für diese Angelegenheit interessierte. Darüber hinaus gab es keinen Grund, sich darüber zu wundern, dass sich die Stimmung gegenüber Deutschland weiter verschlechterte, da die Presse ihre Provokationen unerbittlich fortsetzte. Jeden Tag erscheinen unangenehme Artikel, und zwar nicht nur in der Oppositionspresse, sondern auch in den Organen der Provinzregierung, und nur die beiden inoffiziellen Organe in Warschau verhalten sich mehr oder weniger korrekt. Schlimmer noch ist die Hetze des Westbundes, die in absolut offener Weise und durch verschiedene systematische Aktionen die Bevölkerung gegen alles Deutsche aufhetzt. Die Demonstrationswelle¹, die im August drei Wochen lang über das ganze Land fegte, war ein absolut beispielloses Ereignis. Wir wollten mit diesen Demonstrationen gegen die angebliche Brutalität der Deutschen im Zusammenhang mit dem unglücklichen Unfall eines polnischen Eisenbahnangestellten protestieren, der auf der Strecke von Danzig nach Gdingen aus dem Zug fiel und dabei beide Beine zerschmetterte. Die Agitationskampagne wurde dann von der Regierung geduldet, obwohl ihr bewusst war, dass der den Deutschen zugeschriebene Unfall auf die Schuld des polnischen Eisenbahnangestellten selbst zurückzuführen war, da in dieser Angelegenheit kein Deutscher verwickelt war. Das war der unglaublichste Fall von Provokation, den ich je gesehen habe.

Herr Beck schien über diese Äußerungen sehr beunruhigt zu sein und brachte noch einmal zum Ausdruck, wie sehr er die Vorfälle vor der deutschen Botschaft bedauere. Er gab zu, dass die Polizei machtlos gewesen sei und erklärte, dass der schuldige Polizist vor Gericht gestellt werde. Außerdem, meinte er, sollten wir die Dinge nicht zu pessimistisch betrachten. Tatsächlich war es nicht immer einfach, die Politik der Verständigung in die Tat umzusetzen, und er machte aus seinen Schwierigkeiten keinen Hehl. Er musste besonders im Jahr 1936 hart dafür kämpfen, diese von Pilsudski eingeleitete Politik durchzusetzen; doch seitdem stößt es in politischen Kreisen auf wachsendes Verständnis. Die Gründe dafür, dass sich die Stimmung in den letzten Monaten verschlechtert hat, sieht er vor allem in der Karpaten-Ukrainischen Frage, weil Deutschland dafür verantwortlich gemacht werde, dass eine gemeinsame Grenze zwischen Polen und Ungarn nicht erreicht werden könne.

Ich wies darauf hin, dass die sehr klaren Erklärungen von Berchtesgaden¹ dieser Behauptung jede Rechtfertigung entzogen haben und dass es wirklich an der Zeit sei, etwas gegen diese Vergiftung der öffentlichen Meinung zu unternehmen. Auf jeden Fall können wir nicht verstehen, warum die Regierung die Aufregungskampagne der Presse duldet und der Westföderation einen Freibrief für ihr antideutsches Vorgehen gibt.

von Moltke.

Revision #1

Created 12 October 2025 00:56:31 by investigatione

Updated 12 October 2025 00:56:47 by investigatione